18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Dr. Hugh Bronson (AfD)**

vom 09. Juni 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 10. Juni 2020)

zum Thema:

Gebühren für eine Niederlassungserlaubnis in Berlin für Inhaber der Blauen Karte EU

und **Antwort** vom 17. Juni 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 19. Jun. 2020)

Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Herrn Abgeordneten Dr. Hugh Bronson (AfD)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/23731
vom 09. Juni 2020

über Gebühren für eine Niederlassungserlaubnis in Berlin für Inhaber der Blauen Karte EU

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Welche Gebühren fallen in Berlin für die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis für Inhaber der Blauen Karte EU an?

Zu 1.:

Für die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis für Inhaberinnen bzw. Inhaber der Blauen Karte EU sind 113 € an Gebühren zu erheben, § 44 S. 1 Nr. 3 AufenthV.

2. Welche Gebühren fallen in Berlin für türkische Staatsangehörige für die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis an?

Zu 2.:

Für die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis an türkische Staatsangehörige sind 28,80 € an Gebühren zu erheben, wenn die Person zum Zeitpunkt der Antragstellung 24 Jahre oder älter ist (§ 52a Abs. 2 S. 2 Nr. 1 a) AufenthV). Ist die Person zum Zeitpunkt der Antragstellung noch nicht 24 Jahre alt, entstehen für die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis 22,80 € an Gebühren (§ 52a Abs. 2 S. 2 Nr. 1 b) AufenthV). Diese Gebührenminderung gilt nur für türkische Staatsangehörige, die Assoziationsberechtigte im Sinne des Abkommens vom 12. September 1963 zwischen der Türkei und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sind. Für türkische Staatsangehörige, die nicht assoziationsberechtigt sind, fallen für die Ausstellung einer Niederlassungserlaubnis je nach Erteilungszweck 113 € (in allen übrigen Fällen); 124 € (zur Ausübung selbständiger Tätigkeit) oder 147 € (Hochqualifizierte) als Gebühren an.

3. Woraus ergeben sich die Unterschiede in der Gebührenordnung für türkische und nicht-türkische Antragsteller?

Zu 3.:

Die möglichen Unterschiede in der Gebührenerhebung ergeben sich aus dem Assoziationsabkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Türkei vom 12. September 1963. Zu diesem Abkommen wurde am 23.11.1970 ein Zusatzprotokoll verabschiedet. In Art. 36 dieses Zusatzprotokolls wurde vereinbart, dass die Freizügigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zwischen den Staaten der EU und der Türkei schrittweise hergestellt werden soll. Ein von Vertretern beider Seiten gebildetes Gremium, der sogenannte Assoziationsrat, sollte durch entsprechende Beschlüsse die dafür erforderlichen Regeln festlegen. Einer dieser Beschlüsse ist der im Jahr 1980 gefasste Assoziationsratsbeschluss (ARB) Nr. 1/80, dessen aufenthaltsrechtlich relevante Bestimmungen gemäß Art. 16 Abs. 1 ARB 1/80 ab dem 01.12.1980 Anwendung finden.

Berlin, den 17. Juni 2020

In Vertretung

Torsten Akmann
Senatsverwaltung für Inneres und Sport